

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 13.06.2019	Beginn 17:05 Uhr	Ende 21:40 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Kampschulte, Matthias

Vertretung für Herrn Gerd Philipp

bis 18:28 Uhr TOP A 11

Vertretung für Herrn Manfred
Heinemann

Lusebrink, Hans-Otto
Beckmann, Philipp J.
Müller, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Feldmann, Jürgen
Burbulla, Johanna
Stutzenberger, Olaf
Bockelmann, Christian Dr.

Vorsitzende

Grollmann-Mock, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Dünninghaus, Hans-Jürgen
Graeve, Heidi
Guthier, Wilfried
Jansen, Matthias
Mollenkott, Marion
Nowack, Simon
Passehl, Margit
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Rudolph, Heike

Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Gerd
Heinemann, Manfred

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Niederschrift zur Sitzung vom 07.02.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung -
- 4 Mitteilungen
- 5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Verwendung des Jahresüberschusses der Städtischen Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2018 092/2019
- 8 Entlastung der Organe der Städtischen Sparkasse zu Schwelm für das Geschäftsjahr 2018 093/2019
- 9 Berufung ausländischer Mitbürger/innen in den KAMS sowie als sachkundige Einwohner/innen in die städtischen Ausschüsse 060/2019
- 10 Ausschussumbesetzung im Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm sowie im Schulausschuss 094/2019
- 11 Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle 079/2019
- 12 Haushalt - Ausführung 2019
- 12.1 Haushaltswirtschaftliche Sperre für das Haushaltsjahr 2019 104/2019
- 12.2 Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" 101/2019
- 13 Ermittlung und Berücksichtigung von Lebenszykluskosten 091/2019
- 14 Nachnutzung des Gebäudes der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule
- 14.1 Sachstandsbericht Raumbedarfe Grundschule Engelbertstraße und Märkisches Gymnasium; 083/2019/1

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019

14.2	Sachstandsbericht Raumbedarfe Grundschule Engelbertstraße und Märkisches Gymnasium	083/2019/2
15	Beschluss zur Verstetigung der Schulsozialarbeit	084/2019/1
16	Ausstellung "ANDY WARHOL UNLIMITED - SCHWELM GOES POP ART"	035/2019/1
17	Änderung der Entgeltordnung für das Museum Haus Martfeld vom 04.04.2019	080/2019
18	Neukonzeption der Stadtbücherei Schwelm	081/2019/1
19	Anfrage der SPD Schwelm zur Außengastronomie in der Altstadt während des Heimatfestes vom 12.02.2019	078/2019
20	SPD- Antrag zur Aufhebung der Diagonalsperre an der Einmündung Blücherstraße / Saarstraße	072/2019
21	Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW vom 12.02.2019 - Nisthilfen für Gliedertiere	075/2019
22	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	
23	abzusetzende Vorlagen	
23.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 29.03.2019 zur Verwaltungsvorlage 048/2019	058/2019
23.2	Nachnutzung des Gebäudes Gustav-Heinemann-Schule	048/2019/1
23.3	Nachnutzung des Gebäudes Gustav-Heinemann-Schule	048/2019/2

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Grollmann stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

- Umbenennung
 - Tagesordnungspunkt 3 in „Niederschrift zur Sitzung vom 28.03.2019“. Hier ist versehentlich die Niederschrift vom 7.02. zur Kenntnisnahme und Feststellung vorgesehen. Diese wurde allerdings schon im Hauptausschuss vom 9.05. zur Kenntnis genommen. Die Niederschrift vom 28.03.2019 befindet sich noch in der finalen Abstimmung und wird zum nächsten Hauptausschuss eingereicht.
 - Tagesordnungspunkt 18 in „Neukonzeption der Stadtbücherei Schwelm“
- Hinweis
 - zur Verstetigung der Schulsozialarbeit wird die Vorlage 084/2019 durch Vorlage 084/2019/1 ersetzt –
 - Vorlage 081/2019/1 ersetzt die Vorlage 081/2019 Hier geht es um die Neukonzeption der Stadtbücherei.
 - Vorlage 083/2019/2 ersetzt die Vorlage 083/2019. Die Vorlage 083/2019/2 enthält den geänderten Beschlussvorschlag der gemeinsamen Sitzung des JHA/ SchA
 - Vorlage 035/2019/1 „Ausstellung Andy Warhol“ ersetzt die Vorlage 035/2019. Hier ist ein Sperrvermerk im Beschlussvorschlag hinzugekommen
- Absetzung
 - Die Vorlagen 058/2019, 048/2019/1 und 048/2019/2 zur Nachnutzung des Gebäudes der ehemaligen GHS wurden in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschuss + Schulausschuss vom 03.06.2019 von den antragstellenden Fraktionen zurückgezogen und können daher von der Tagesordnung abgesetzt werden.
- Neu hinzugekommen sind die
 - Vorlage 104/2019 Haushaltswirtschaftliche Sperre für das Haushaltsjahr 2019;
 - Vorlage 083/2019/1 Ergänzungsantrag zum Sachstandsbericht Raumbedarfe Grundschule Engelbertstraße und Märkisches Gymnasium
 - Vorlage 101/2019 Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement“

Nach Nichtvorliegen von Einwänden lässt Frau Grollmann über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Niederschrift zur Sitzung vom 07.02.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn umbenannt in: Niederschrift zur Sitzung vom 28.03.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Die Niederschrift vom 28.3.2019 befindet sich noch in der finalen Abstimmung und wird zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eingebracht.

4 Mitteilungen

Die Verwaltung teilt mit, dass das Hallenbad auch über die Sommermonate geöffnet habe, da das Angebot sehr gut angenommen werde. Die Schließzeit werde in Abstimmung mit den Schulen und Vereinen auf die Dauer vom 16. Dezember 2019 bis zum 4. Januar 2020 festgelegt.

Derzeit werde die Kurfürstenstraße 23b hergerichtet und könne für einen Umzug der Musikschule zur Verfügung stehen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 40.000 €. Die Verwaltung halte es für geboten das Geld in die Hand zu nehmen.

An dem Förderprojekt „Spielplatz Kommune“ könne man dieses Jahr nicht teilnehmen, da die Verwaltung über keine entsprechenden Kapazitäten verfüge. Das Projekt soll auch das kommende Jahr aufgelegt werden. Dann werde sich die Verwaltung auch daran beteiligen.

Anlässlich des Weltkindertages findet am 20.9. 10:00 Uhr eine Kinderratssitzung statt. Dies ist ein gemeinsames Projekt des Fachbereiches Jugend, Familie & Soziales und des Kinderschutzbundes.

Das Aktionsbündnis A1 teilte heute mit, dass eine größere Sperrung im Bereich der Anschlussstelle Gevelsberg erfolgen werde. Darüber hinaus habe am 6.6.2019 ein Treffen mit Straßen NRW stattgefunden, an dem neben den TBS auch der Fachbereich Bürgerservice und der Fachbereich Planen & Bauen teilgenommen habe. Hinsichtlich des Holzschlages wurde ausgeführt, dass es sich hier um langfristige Planungen handele.

Frau Peters (Fachbereichsleitung Jugend, Familie & Soziales) teilt mit, dass die FDP Fraktion der Verwaltung den Auftrag erteilte zu prüfen, ob das Ferien-Betreuungsangebot OGS auch für Kinder geöffnet werden kann, die nicht an der OGS teilnehmen. Die Prüfung brachte folgendes Ergebnis:

Eine Ausweitung des Ferienangebotes der OGS auf weitere Kinder ist nicht möglich, da die Arbeitszeitressourcen des Personals absolut eng kalkuliert sind. Außerdem besteht ein Betreuungsangebot im Rahmen der „Ferienspaß-Veranstaltungen“ im Jugendzentrum – dies ist ein durchgehendes Ferienprogramm von 8-16 Uhr in den Oster- und Sommerferien für Kinder von 6-14 Jahren.

Somit besteht keine Notwendigkeit eines weiteren Angebotes.

Herr Beckmann erläutert, dass die Anfrage aus der Bürgerschaft gekommen sei. Er fragt nach, was geschehen müsse, damit die personelle Ausstattung ausreichend sei.

Herr Schweinsberg erwidert, dass es noch freie Plätze im Betreuungsangebot gebe und bittet Herr Beckmann um genaue Schilderung der konkreten Bedarfe. Herr Beckmann sichert eine Antwort zu.

Weiter teilt Frau Peters mit, dass das Land NRW ein weiteres Familienzentrum für Schwelm genehmigt habe. Die Evangelische Kita am Brunnen war einzige Bewerberin und habe den Zuschlag erhalten. Sie werde zum neuen Kita-Jahr 2019/2020 Zuschüsse erhalten und sich zum Familienzentrum zertifizieren lassen.

Frau Grollmann teilt mit, dass der Heimatpreis in den Startlöchern stehe. Die Landesregierung werde ein Bewerbungsformular schicken. Die Frist sei auf den 31. August festgelegt. Die Prüfung der Bewerber obliege dem Ältestenrat.

Die Ausschreibung zum Integrationspreis sei vorbereitet. Es müsse allerdings aufgrund der hauswirtschaftlichen Sperre die Finanzierung geklärt werden.

Herr Guthier (Fachbereichsleitung Planen & Bauen) teilt mit, dass erstmals der Versuch unternommen werde das Innerstädtische Entwicklungskonzept (ISEK) der breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Man wolle hierfür den Feierabendmarkt nutzen.

5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

Frau Peters teilt mit, dass der Behindertenbeirat in „Beirat für Menschen mit Behinderungen“ umbenannt werden solle. Entsprechend soll der Behindertenkoordinator künftig „Koordinator für Menschen mit Behinderungen“ heißen. Die hierzu notwendige Satzungsänderung solle genutzt werden, um die Satzung des Beirats für Menschen mit Behinderung umfassend zu überarbeiten, d.h. die Satzung mit gesetzlichen Bestimmungen sowie mit Satzungen von Nachbarkommunen abzugleichen und gegebenenfalls zu verbessern. Die Verwaltung sei hierbei im engen Austausch mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen. Die geänderte Satzung werde im Herbst in den Sitzungszug eingebracht.

7 Verwendung des Jahresüberschusses der Städtischen Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2018

092/2019

Herr Feldmann fragt, ob es ein Dokument gebe, aus dem die Ausschüttung der Sparkasse an soziale Zwecke ersichtlich sei. Herr Kick antwortet in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglied der Sparkasse, dass es ein solches

explizites Dokument nicht gebe. Es seien ca. 100.000 € ausgeschüttet worden. Die Verteilung obliege aber einzig dem Vorstand der Sparkasse.

Beschluss:

Der Jahresüberschuss der Städt. Sparkasse zu Schwelm in Höhe von 600.408,03 EUR aus dem Geschäftsjahr 2018 wird

- a) in Höhe von 386.100,32 EUR an den Träger (Stadt Schwelm) ausgeschüttet
 - davon Steuern: 61.100,32 EUR
 - davon Nettoausschüttung: 325.000,00 EUR

- b) in Höhe von 214.307,71 EUR in die Sicherheitsrücklage der Städt. Sparkasse zu Schwelm eingestellt.

In die freie Rücklage bzw. in den Gewinnvortrag werden keine Beträge eingestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

8 Entlastung der Organe der Städtischen Sparkasse zu 093/2019 Schwelm für das Geschäftsjahr 2018

Frau Dr. Hortolani übernimmt den Vorsitz von Frau Bürgermeisterin Grollmann, da diese durch Befangenheit von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen ist.

Beschluss:

Den Organen der Städtischen Sparkasse zu Schwelm wird gemäß § 8 Abs. 2 Buchstabe f) des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen (SpkG) Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Auf Grund ihrer ausgeübten Funktion im Verwaltungsrat im obigen Zeitraum sind von der Beratung und Beschlussfassung gemäß den Angaben der Sparkasse wegen Befangenheit neben Frau Bürgermeisterin Grollmann danach folgende Ratsmitglieder ausgeschlossen:

Herr Hans – Werner Kick
Herr Oliver Flühöh
Herr Michael Schwunk
Herr Matthias Kampschulte
Herr Klaus – Peter Schier
Herr Thorsten Kirschner
Frau Brigitta Gießwein
Herr Philipp Beckmann

Frau Elke Garn
Frau Johanna Burbulla
Herr Hans-Jürgen Zeilert
Frau Dr. Sylvia Philipp
Herr Marcel Gießwein

9 Berufung ausländischer Mitbürger/innen in den KAMS sowie als sachkundige Einwohner/innen in die städtischen Ausschüsse 060/2019

Frau Grollmann übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Beckmann äußert sich im Namen seiner Fraktion irritiert über das plötzlich aufkeimende Interesse einer bestimmten Organisation an einer Mitarbeit im Kreis ausländischer Mitbürger Schwelm (KAMS) Bei den anderen aufgeführten Organisationen fehle es ihm an erläuternden Worten, wer „dahinter stecke“ Er werde dieser Vorlage nicht zustimmen.

Frau Grollmann berichtet von ihrer Einladung in die DTIB Gemeinde. Beide Frauen haben sich sehr gut vorgestellt und seien einstimmig in den Vorstand der DTIB gewählt worden. Es seien sehr engagierte Frauen, die sich vollständig integriert haben. Weiter ergänzt sie, dass aus dem KAMS ein richtiger Ausschuss werden solle. Hierzu sei zu der nächsten Sitzung des KAMS ein Referent eingeladen.

Herr Beckmann äußert, dass er keinesfalls die Religionsfreiheit in Frage stelle.

Herr Feldmann erläutert, dass es beim KAMS nicht um Religion gehe. Er könne aber mit KARS e.V. auch nichts anfangen und möchte gern mehr über die Ziele dieser Organisation erfahren. Daher falle auch ihm eine Zustimmung schwer.

Frau Dr. Hortolani könne nicht sagen, wie paritätisch der KAMS besetzt sei. Er sei jedoch dazu angelegt, alle Kulturgruppen zu vertreten.

Herr Schweinsberg stellt fest, dass die Verwaltung sich nicht in die politische Diskussion einmischen werde. Vor dem Hintergrund des Folklorefestes werde man bei der Kommunalwahl sehen, in welcher Form sich die ausländischen Mitbürger einbringen.

Frau Dr. Hortolani beantragt getrennte Beschlussfassung. Da dieses nicht die Mehrheit des Gremiums findet, stellt sie einen Vertagungsantrag in den Rat.

Frau Sartor zeigt sich befremdlich, was hier gerade passiere. Herr Schier ergänzt, dass dem Gremium eine Entscheidung gut zu Gesicht stehe.

Frau Grollmann lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Die Vorlage 060/2019 wird in den Rat vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	5

10 Ausschussumbesetzung im Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm sowie im Schulausschuss

094/2019

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Umbesetzungen werden beschlossen:

Stellvertretende Ausschussbesetzung im Verwaltungsrat der Städtischen Sparkasse zu Schwelm

bisher	neu	Funktion
Bernd Hens †	Michael Müller	persönliche Stellvertretung der CDU für Matthias Kampschulte

Stellvertretendes beratendes Mitglied für den Schulleiternrat im Schulausschuss

bisher	neu	Funktion
Heike Folle	Jana Jahnke	stellvertretendes beratendes Mitglied für den Schulleiternrat

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle

079/2019

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt, begrüßt Frau Landsberger vom Rechnungsprüfungsamt des Ennepe-Ruhr- Kreises und gibt das Wort an Herrn Dünninghaus (Strategische Organisationsprojekte).

Herr Dünninghaus erläutert die Notwendigkeit der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle und den damit verbundenen Personalmehrbedarf. Die Vergabe an sich sei keine neue Aufgabe, könne aber nicht ohne weiteres aus dem vorhandenen Personalbestand mit den derzeit bestehenden Aufgaben abgebildet werden. Durch den Neuaufbau sollen die Vergabeprozesse wirtschaftlicher und effizienter gestaltet werden. Für den Aufbau dieser Strukturen seien Personalressourcen notwendig, welche mittelfristig durch die Zentralisierung der Aufgabe zu Einsparungen führen. *Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Im Anschluss an die Ausführungen des Herrn Dünninghaus fragt Herr Flühshöh ob die Einsparpotenziale schon konkret ermittelt seien. Herr Dünninghaus antwortet, dass hierzu noch keine belastbaren Zahlen vorliegen.

Frau Grollmann ergänzt, dass der Tagessatz bei einer externen Vergabe bei 1000 € liege und weist darauf hin, dass die Erstellung der Leistungsbeschreibungen weiter in den Fachbereichen geleistet werden müsse.

Herr Dünninghaus erläutert, dass sich eine Effizienz alleine schon bei den Schulungsmaßnahmen zeigen werde. Es müssen keine 40 Mitarbeiter*innen hinsichtlich den formalen Vergabeverfahren geschult werden, sondern nur noch 2.

Für Herrn Flühshoh sind die Abläufe noch nicht so klar ersichtlich. Er fragt, was die konkrete Aufgabe der Vergabestelle sei. Herr Dünninghaus erläutert den Vergabeprozess an sich und führt aus, dass die Fachbereiche von der formalen Vergabe entlastet würden.

Herr Beckmann schätzt eine interkommunale Zusammenarbeit eher als zielführend ein. Es könne zunächst eine interne Organisation der Abläufe geschaffen werden und im zweiten Schritt könne eine zentrale Stelle beim Kreis geschaffen werden, der man sich anschließen könne.

Herr Dünninghaus weist darauf hin, dass die Vergabestelle zwingend zum 1.1.2020 arbeitsfähig sein müsse, da seitens des Gesetzgebers auf eine komplette elektronische Vergabe umgestellt werden müsse. Aus dem derzeitigen Personalbestand könne man die mindestens notwendigen 40 Wochenstunden nicht herausziehen, was einen zusätzlichen Personalmehrbedarf bedeute.

Herr Dr. Bockelmann fragt, wie die zentrale Vergabestelle gesteuert werden solle. Werde es Zielvereinbarungen, wie zum Beispiel die Reduzierung der Beschaffungskosten geben? Welche Einsparungen stehen den jährlichen Aufwand von 178.000 € gegenüber? Könne die Stelle auch befristet werden?

Herr Dünninghaus antwortet, dass es noch keine feste Vorgabe hinsichtlich der Steuerung gebe. Eine mögliche Befristung müsse mit der Personalabteilung abgeklärt werden.

Herr Flühshoh werde sich enthalten, was aber kein grundsätzliches „nein“ bedeute. Er möchte den Vergabeablauf mit anderen städtischen Prozessabläufen übereinbringen.

Herr Kick vermisst ein Stück Kreativität. Für ihn stelle sich der Vorschlag als der klassische Weg dar. Er könne sich nicht vorstellen, dass es unter den 40 Mitarbeiter*innen nicht eine/ einen gebe, die/ der sich dafür interessiere. Weiter fragt Herr Kick nach dem „Plan B“, solle es nicht gelingen, die Stelle zum 1.1.2020 zu besetzen. Eine Sicherheit biete die vorgeschlagene Lösung nicht.

Herr Gießwein fragt, ob es schon Abstimmungen über die Fachlichkeiten mit dem Kreis hinsichtlich der gemeinsamen Zusammenarbeit ab 1.1.2020 gegeben habe. Aus seiner Sicht hätte diese Vorlage ganzheitlich mit der von der Verwaltung vor der Sitzung zurückgezogenen Vorlage beraten werden müssen. Die ganzheitliche Betrachtung müsse im Vordergrund stehen.

Frau Grollmann stellt fest, dass der derzeitige Weg in der Abwicklung der Vergabeprozesse nicht mehr rechtlich sicher gangbar sei. Ab dem 1.1.2020 sei unter Beibehaltung der derzeitigen Strukturen keine rechtskonforme Abwicklung der Vergabeverfahren mehr möglich.

Frau Landsberger unterstreicht diese Aussage und führt aus, dass es in der Vergangenheit häufig zu Nachbesserungsbedarfen gekommen sei. Weiter weist sie darauf hin, dass unter den 40 Mitarbeiter*innen auch solche seien, die sich nur 2x im

Jahr mit Vergaben befassen. Aber diese müssen die umfassenden rechtlichen Rahmenbedingungen kennen. Dies könne nur durch ständige Schulungen aller 40 Mitarbeiter*innen erfolgen.

Frau Grollmann nimmt Bezug auf die Frage des Herrn Gießwein und führt aus, dass der Kreis über ein anderes Aufgabenportfolio als die Stadt Schwelm verfüge. Ein Austausch des Know-How wäre aber durchaus denkbar. Sie bemerkt weiter, dass auch die technischen Betriebe Schwelm sich der gemeinsamen Vergabestelle anschließen werden. Sie erläutert weiter, dass diese Vorlage separat laufe, weil die Stelle zwingend zum 1.1.2020 besetzt sein müsse.

Herr Dünninghaus ergänzt, dass die veranschlagten Personalkosten in Höhe von 178.000 € durch die Beteiligung der technischen Betriebe mit 45.000 € gegenfinanziert werden.

Herr Beckmann widerspricht dem vor dem Hintergrund, dass konzerneinheitlich gedacht die Beteiligung der TBS mit 45.000 € keine wirkliche Refinanzierung sei. Weiter fragt er, ob die Möglichkeit bestehe, heute nicht zu entscheiden. So könne man Zeit gewinnen, die Erträge gegenzurechnen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Kreis fragt er, ob eine Kontrolle bei Unsicherheit oder die Partizipation von Know-how angestrebt werde.

Frau Grollmann bedankt sich ausdrücklich beim Kreis, das der bisherige Weg mitgetragen worden sei. Dennoch befinde man sich in der Verwaltung in einem desolaten Zustand, der auch in die Kreisverwaltung übergreift. Sie appelliert an das Gremium den Weg frei zumachen.

Herr Schweinsberg revidiert die Aussage der Frau Grollmann, dass sich die Verwaltung keineswegs in einem desolaten Zustand befinde. Man habe eine kritische Situation, aber keine desolote Verwaltung. Die Rechtsnormen der Vergabeverfahren werden immer enger und komplexer. So sei es bei einer kürzlich erfolgten Vergabe trotz externer Beratung zu Flüchtigkeitsfehlern gekommen. Entscheidend sei das formale Vergabeverfahren. Dafür brauche man eine Kapazität des gehobenen Dienstes hinsichtlich der Beratung der Fachbereiche, welches formale Vergabeverfahren anzuwenden sei. Aus dem Grunde solle das Know-how an einer Stelle gebündelt werden. Für ihn stelle sich der Benefit in der Rechtssicherheit, der Transparenz und der Schnelligkeit der Abwicklung der Verfahren dar.

Frau Grollmann entschuldigt sich für ihre emotional geprägte Wortwahl und ergänzt Herrn Schweinsberg, dass es noch nicht feststehe, ob der Kreis als Partner fungieren werde. Man könne sich auch andere Kooperationspartner vorstellen.

Herr Dünninghaus betont nochmals, dass in der Aufbauphase von einem Mehrbedarf von 1,7 Stellen ausgegangen werden müsse. Weiter verweist er darauf, dass bei 15 von 31 Kreisen die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle erfolgt sei.

Frau Burbulla bemerkt, dass die Kämmerei ausschließlich monetär bewerte. Für sie stellt sich die Frage, worin die eigentliche Kooperation bestehe.

Herr Dünninghaus verweist auf den Transfer von Know How und einer möglichen Vertretungsregelung, die eine fristgerechte Abwicklung der Vergabeverfahren sicherstelle. Zudem, ergänzt Frau Grollmann, seien keine externen Vergaben von

Vergabeverfahren mehr notwendig. Dies gelte auch hinsichtlich europaweiter Ausschreibungen.

Für Herrn Feldmann sei es erst an der Zeit über eine Kooperation mit dem Kreis zu reden, wenn der Kreis die Strukturen geschaffen habe und bereit sei.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Vorlage 079/2019 auf.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle zum 01.07.2019 und die damit verbundenen personellen Veränderungen und Auswirkungen auf den Stellenplan 2019.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	9

12 Haushalt - Ausführung 2019

12.1 Haushaltswirtschaftliche Sperre für das Haushaltsjahr 2019 104/2019

Frau Grollmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt das Wort an Frau Mollenkott.

Frau Mollenkott führt aus, dass die Verwaltung in der Sondersitzung des Finanzausschusses am 22.05.2019 bereits darüber informiert habe, dass die derzeitige Haushaltssituation nach Abstimmung mit den Kommunalaufsichten zwar nicht den zwingenden Erlass einer Nachtragssatzung erfordere, der Erlass einer Haushaltssperre aber unumgänglich sei.

Mit Verfügung vom 07.06. sei diese Sperre von ihr erlassen worden.

Sie erstrecke sich über eine Vielzahl von Haushaltsposten.

Zurzeit dürften Aufwendungen nur dann geleistet werden, wenn sie

- aufgrund gesetzlicher oder bis zum 07.06.2019 eingegangener vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind oder
- sie für die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind
- oder sie zur Beseitigung von Gefahren im Rahmen der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit zwingend erforderlich sind.

Die Verwaltung sei sich bewusst, dass dies zu Leistungseinschränkungen führen werde, die auch nach außen spürbar sein werden.

Die Verwaltung schlage dennoch vor, die Sperre beizubehalten, sie halte sie für unerlässlich, um zum Jahresende einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können.

Wortmeldungen erfolgen nicht, so dass Frau Grollmann zur Abstimmung aufruft.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm, von seinem Einspruchsrecht gemäß § 25 Kommunalhaushaltsverordnung i. V. m. § 81 Abs. 4 Gemeindeordnung keinen Gebrauch zu machen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	2

**12.2 Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen für 101/2019
das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 01.01.13 -
"Zentrales Gebäudemanagement"**

Die Nachfrage des Herrn Beckmann, warum hierfür keine Rückstellungen gebildet worden seien beantwortet Herr Schweinsberg dahingehend, dass es sich um investive Leistungen handele.

Im Anschluss ruft Frau Grollmann zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" werden für das Haushaltsjahr 2019 überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 41.890,69 EUR bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0090.785110 - „Hochbauinvestitionen Sportstätten“ bewilligt. Die Deckung dieser Haushaltsüberschreitung ist durch Minderauszahlungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0021.785110 - „Hochbauinvestitionen Feuerschutz“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**13 Ermittlung und Berücksichtigung von 091/2019
Lebenszykluskosten**

Herr Schweinsberg erläutert, dass die Verwaltung mit Einbringung dieser Vorlage den Arbeitsauftrag des Arbeitskreises Zentralisierung ausgeführt habe.

Herr Beckmann äußert sich dahingehend, dass aus seiner Sicht an der vorgeschlagenen Bauweise nichts „credible“ sei. Es handele sich um die billigste Bauweise und ökologisch sei da gar nichts. Er appelliert, nochmals über die Einzelhandelsflächen nachzudenken und nochmals neu zu überlegen. Der vorgelegte Vorschlag werde unweigerlich zu Mehrkosten führen. Wenn man den Einzelhandel rausnehme, spare man ein Gebäude und somit Kosten.

Herr Feldmann zeigt die Historie auf und stellt fest, dass der Arbeitskreis Zentralisierung kein originäres Beschlussgremium sei. Dies sei seine rechtliche Meinung. Er fragt wie der Begriff „Freigabe“ im Beschlussvorschlag zu definieren sei. Er sehe die Arbeit eher in den Fachgremien und nicht im Arbeitskreis Zentralisierung.

Frau Grollmann lobt die Arbeit des Arbeitskreises als wertvoll, effektiv und konstruktiv. Jetzt genau sei der Zeitpunkt über die Themen zu sprechen, was man tun könne und was nicht. Nach Aussage des Projektsteuerers werde mit kleinen

Mitteln versucht, Nachhaltigkeit zu erzielen. Für eine mangelnde Kommunikation innerhalb der Partei „Die Linke“ könne die Verwaltung nichts.

Herr Feldmann verweist auf die Informationspflicht der Verwaltung und bittet eindringlich darum, dieser nachzukommen. Er sehe es so, dass die Bürger*innen ausgeschlossen seien.

Herr Gießwein geht ausführlich auf die Vorlage ein und betont, dass die Vorlage auf einem gültigen Ratsbeschluss beruhe. Die Verwaltung müsse einfach nur umsetzen.

Frau Sartor weist Herrn Feldmann auf seine „Holschuld“ hin. Es sei nicht richtig, dass die Öffentlichkeit nicht informiert sei. Die derzeitige Vorgehensweise sei mit dem seinerzeitigen Umbau des Haus Martfeld vergleichbar. Auch da habe es einen Arbeitskreis gegeben.

Frau Grollmann unterstreicht die Aussage der Frau Sartor in dem sie darauf hinweist, dass jede Fraktion einmal im Monat die Möglichkeit habe zur Verwaltungsleitung zu kommen. Sie fordert Herrn Feldmann auf, ins Rathaus zu kommen und sich die notwendigen Informationen zu holen.

Anschließend ruft Frau Grollmann zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung einen entsprechenden Auftrag an den Projektsteuerer zur Umsetzung des u. a. Verfahrensvorschlages vom 20.05.2019 dem Arbeitskreises Zentralisierung zur Freigabe vorzulegen und stellt die dafür notwendigen Haushaltsmittel bereit.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

14 Nachnutzung des Gebäudes der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule

14.1 Sachstandsbericht Raumbedarfe Grundschule Engelbertstraße und Märkisches Gymnasium; Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019 083/2019/1

Nach Aufruf des Tagesordnungskomplexes TOP 14 erteilt Frau Grollmann der antragstellten Fraktion das Wort.

Frau Dr. Hortolani erläutert und präferiert die modulare Systembauweise.

Herr Kick schließt an, dass für einen Umsetzungsbeschluss keine konkreten Zahlen zur Verfügung stünden.

Frau Burbulla gibt wieder, dass sie im Schulausschuss erlebt habe, dass die Schulen einen Weg gefunden haben, was sie gemeinsam mit der Verwaltung wollen. Sie verstehe nicht, warum der Antrag nicht zurückgezogen werde. Sie werde nicht zustimmen.

Frau Dr. Hortolani unterstreicht nochmals den engen zeitlichen Rahmen und sieht die Systembauweise als die einzig realisierbare Variante.

Herr Beckmann stützt sich auch auf das Votum der Schulleitungen und werde dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Burbulla weist darauf hin, dass die Beurteilung der Schulleitungen gegen eine schnelle Anbauweise gefallen sei, da damit nicht mehr ausreichend der Aufsichtspflicht nachgekommen werden könne.

Für Herrn Gießwein gebe es keine Unschärfe im Beschlussvorschlag der Vorlage 083/2019. Die Vorlage sollte darüber Klarheit bringen, ob Verwaltung in diese Projekte investieren solle. Die Verwaltung werde noch vor den Sommerferien mit den Schulleitungen zusammentreten. Daraus werden dann auch steuernde Beschlüsse erwachsen.

Weitere Wortbeiträge liegen nicht vor. Frau Grollmann ruft zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage 083/2019 wird um folgenden Wortlaut ergänzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Kostenentwicklung für nachstehende Varianten zu prüfen und darzulegen. Dabei sollen jeweils eine Bedarfsanalyse der benötigten Räume und der sich hieraus ergebenden Flächenbedarfe dargestellt werden. Für die so ermittelten Bedarfe und benötigten Flächen sind die Kosten für die benötigte Fläche, die Kosten der Baumaßnahme in konventioneller Bauweise und in Systembauweise, die unterschiedlichen Bauzeiten, die Interimskosten und die Lebenszykluskosten zu ermitteln und dazustellen:

1. Erweiterungsbau Märkisches Gymnasium
2. Neubau der Engelbertschule, als modern konzipierte Grundschule durch Nutzung der vorhandenen Flächen am bestehenden Standorten
3. Nutzbarmachung des Gebäudes „Gustav-Heinemann-Schule als modern konzipierte Grundschule

Die Schulleitungen sind in die zu prüfenden Varianten einzubeziehen. Der Schulausschuss und der Jugendhilfeausschuss wird in kurzen Intervallen über den Stand des Prüfungsauftrages informiert. Es ist sicher zu stellen, dass rechtzeitig eine Entscheidungsgrundlage den Ausschüssen vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	5
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	1

14.2 Sachstandsbericht Raumbedarfe Grundschule Engelbertstraße und Märkisches Gymnasium

083/2019/2

Nach Aufruf des Unterpunktes 14.2. regt Herr Beckmann an, auch den energetischen Aspekt von vornherein mit aufzunehmen. Erstellt einen Ergänzungsantrag, den Beschlussvorschlag um einen Punkt 3 zu erweitern.

3. *Die Verwaltung kümmert sich zu gegebener Zeit um die Nachnutzung des Standortes der Grundschule Engelbertstraße.*

Frau Grollmann erläutert, dass es einen Ratsbeschluss gebe, der die Verwaltung verpflichte, energetisch zu bauen.

Herr Schweinsberg ergänzt und verweist auf die Präsentation des Schulleiters Herrn Wagener. Hier sei die Nachnutzung und Nachhaltigkeit mit einbezogen worden.

Herr Kick hält die Ergänzung des Beschlussvorschlages für zu verfrüht.

Frau Sartor geht davon aus, dass die „Gustav- Heinemann-Schule“ genauso eine gute Schule wird wie seinerzeit die Schule Ländchenweg.

Dr. Bockelmann bemerkt, dass „innovative Schule“ Sache der Schule sei.

Herr Feldmann gibt zu Bedenken, dass man sich bei einem Anbau abwartend verhalten solle, da sich Bedarfe noch entwickeln können.

Frau Grollmann lässt zunächst über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Das Gremium wünscht mehrheitlich eine getrennte Beschlussfassung.

Frau Grollmann ruft sie zur getrennten Abstimmung über die einzelnen Beschlusspunkte auf..

geänderter Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den jeweiligen Schulleitungen den Anbau am Märkischen Gymnasium voranzutreiben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Revitalisierung des Gebäudes der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule inklusive Turnhalle als neuen Standort für die Grundschule Engelbertstraße umzusetzen.
3. *Die Verwaltung kümmert sich zu gegebener Zeit um die Nachnutzung des Standortes der Grundschule Engelbertstraße.*

Punkt 1:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

Punkt 3:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	2

15 Beschluss zur Verstetigung der Schulsozialarbeit 084/2019/1

Frau Peters erläutert, dass man mit dem Kinderschutzbund in Gesprächen stehe und beantwortet damit die Nachfrage des Herrn Gießwein.
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Frau Grollmann ruft zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Schulsozialarbeit an den vier Grundschulen und den beiden weiterführenden Schulen Dietrich Bonhoeffer Realschule und Märkisches Gymnasium Schwelm wird weiterhin vom Deutschen Kinderschutzbund Schwelm (DKSB) durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DKSB Schwelm eine Kooperationsvereinbarung über 3,5 Jahre zum Schuljahr 2019/2020 zu schließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Kick war bei der Abstimmung nicht anwesend.

16 Ausstellung "ANDY WARHOL UNLIMITED - SCHWELM GOES POP ART" 035/2019/1

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt aus, dass bisher Sponsorengelder in Höhe von 22.000 € zugesagt worden seien. Weitere Sponsoren haben ihren Willen bekundet, sobald ein politischer Beschluss vorliege.

Frau Dr. Hortolani fragt, wer die Verantwortung für die Beauftragung der Security trage. Frau Grollmann antwortet, dass der Auftraggeber die Stadt Schwelm sei, welche die Beauftragung im Rahmen eines Vergabeverfahrens durchführen werde. Weiter merkt sie an, dass sich auch ehrenamtliche Helfer gemeldet haben.

Herr Gießwein äußert sich besorgt hinsichtlich des Sperrvermerks vor dem Hintergrund der derzeitigen haushalterischen Situation, da dadurch Gelder gebunden seien. Weiter fragt er nach, ob das interne Personal tatsächlich ausreiche.

Frau Grollmann bestätigt dies. Weiter bestätigt die Verwaltung, dass keine anderen Leistungen eingeschränkt werden.

Herr Gießwein sieht das Projekt dennoch als sehr kritisch an.

Frau Grollmann wirbt für das Projekt, da Kultur ja auch zu einer Stadt gehöre. Sie bestätigt nochmals die Ausführungen der Frau Dr. Jäger aus dem Kulturausschuss.

Herr Beckmann fragt, ob die Erlöse aus den Eintrittsgeldern bei der Stadt verbleiben. Frau Grollmann bejaht dies.

Herr Feldmann äußert, dass auch er „Schwierigkeiten“ mit der Ausstellung habe. Auf der einen Seite sei kein Geld da (Regenbogenfahne, Insektenhotels) und auf der anderen Seite leiste man sich solche eine Ausstellung. Man solle das Geld doch lieber in den Jugendbereich investieren. Wäre eine Kostenneutralität gegeben, wäre er sofort dabei. Aus seiner Sicht gebe es keine nachhaltigen Synergieeffekte.

Frau Sartor führt aus, dass sie die Bedenken verstehen könne, weist aber auch darauf hin, dass Herr Neumann einen Großteil der Finanzierung übernehme. Dennoch sei das Gesamtpaket so groß, dass die Stadt sich beteiligen müsse.

Herr Schweinsberg führt aus, dass der Sperrvermerk dazu diene bis November bei den Kosten klarer zu sehen. Der Sperrvermerk gebe die Sicherheit mit potentiellen Sponsoren reden zu können. Er appelliert an die Politik der Verwaltung die Chance zu geben, das Projekt zu entwickeln. Man könne immer noch die Reißleine ziehen, wenn die Dinge sich nicht wie erwartet entwickeln. Auch dazu diene der Sperrvermerk.

Frau Burbulla äußert sich zum Wortbeitrag des Herrn Feldmann und stellt fest, dass das Nichtflaggen der Regenbogenfahne andere Gründe gehabt habe und auch bei den Insektenhotels habe man sich mehrheitlich dagegen ausgesprochen, da es nicht Aufgabe der Stadt sei.

Herr Kick signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion wenn das Projekt gegenfinanziert sei. Man befinde sich nicht im kulturellen Niemandsland. Ihm reiche schon ein kalkulierbares Risiko.

Herr Kampschulte führt aus, dass die Kulturplanung dem Kulturamt obliege. Er plädiere für die Ausstellung als ein Highlight der kulturellen Planung. Man werde sich an den Moment der Ausstellung erinnern und immerhin sei es ein Schwelmer, der die Möglichkeit habe ein Stück Weltkultur zur Verfügung zu stellen.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Ausstellung "ANDY WARHOL UNLIMITED - SCHWELM GOES POP ART" im Frühjahr 2020 auszurichten. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden bereitgestellt. Die Maßnahme wird mit Sperrvermerk bis zur letzten Ratssitzung am 26.11.2019 versehen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	2

17 Änderung der Entgeltordnung für das Museum Haus Martfeld vom 04.04.2019 080/2019

Herr Feldmann sieht keinen Unterschied bei der Bedürftigkeit, egal ob der Besucher in Schwelm oder Wuppertal wohnhaft sei. Ebenso empfinde er den Preis für Schulklassen zu hoch.

Frau Grollmann erläutert, dass die neuen Preise auf einer Abfrage bei umliegenden Städten beruhe und darüber hinaus auch im Einklang mit der Musikschule seien.

Beschluss:

Eine Änderung der Entgeltordnung für das Museum Haus Martfeld vom 04.04.2019 wird entsprechend der Verwaltungsvorlage Nr. 080/2019 (Anlage 1) beschlossen. Die Änderung wird am 01.08.2019 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

18 Neukonzeption der Stadtbücherei Schwelm 081/2019/1

Beschluss:

Der Neukonzeption der Bücherei wird zugestimmt. Entsprechende Förderanträge sollen gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

19 Anfrage der SPD Schwelm zur Außengastronomie in der Altstadt während des Heimatfestes vom 12.02.2019 078/2019

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes gibt Frau Grollmann das Wort an Herrn Rüth.

Herr Rüth führt aus, dass die Außengastronomie auch weiterhin zum Heimatfest bestehen bleibe. Die Verwaltung werde Emissionswerte festsetzen.

Die Vorlage wird anschließend zur Kenntnis genommen.

20 SPD- Antrag zur Aufhebung der Diagonalsperre an der Einmündung Blücherstraße / Saarstraße 072/2019

Beschluss:

Die Abbindung der Blücherstraße im Bereich der Saarstraße wird teilweise – in Fahrtrichtung Nord (zur B 483) – für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5 Tonnen aufgehoben und die Verkehrsführung in diesem Bereich dahingehend geregelt, dass die Saarstraße weiterhin als abbiegende Vorfahrtsstraße geführt wird und der aus der Blücherstraße kommende Verkehr gegenüber der Saarstraße wartepflichtig ist.

Einfahrten von der Saarstraße bzw. B 483 in die Blücherstraße in Fahrtrichtung Süd (zur Graslake) bleiben verboten und sind ggf. durch geeignete Maßnahmen weiterhin zu unterbinden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

21 Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW vom 12.02.2019 - 075/2019
Nisthilfen für Gliedertiere

Herr Feldmann erläutert nochmals die Maßnahmen, die nützlich für die Erhaltung der Artenvielfalt sein können.

Herr Schweinsberg fragt, von welcher Anzahl von Einrichtungen Herr Feldmann ausgehe. Zudem gebe es auch Experten, die kostenlos beraten.

Herr Feldmann antwortet, das er keine Anzahl nennen könne.

Herr Müller erläutert warum seine Fraktion dem Antrag nicht zustimme. Es gehe darum, wer beauftragt werde. Jedermann könne vor seiner eigenen Tür anfangen und selbst die Parteien haben die Möglichkeit einen Beitrag zu leisten und können kleinere Pachten übernehmen. Wenn Herr Feldmann beabsichtige die technischen Betriebe zu beauftragen, dann solle er auch seinen Antrag dahingehend formulieren.

Für Frau Dr. Hortolani sei der Antrag auch nicht konkret genug. Die Stadt könne es sich derzeit nicht leisten. Sie sehe dies als Aufgabe von Privatinitiativen an, die sicherlich gefördert werden können.

Herr Gießwein hält den Antrag auch nicht für konkret genug. Er regt an einen Antrag zu stellen, der die technischen Betriebe beauftrage Nisthilfen zu bauen und zu betreuen. Im Gegenzug sollen die Petenten den Antrag zurückziehen.

Herr Feldmann plädiert nochmals deutlich für Insektenhotels und traue den technischen Betrieben den Sachverstand zu.

Herr Stutzenberger merkt an, dass in der Sache keine/r dagegen sei und das ein Weg geebnet werden solle, der die Bevölkerung aktiv mitnehme. Der Antrag könne vielleicht dahingehend geändert werden, dass die Nisthilfen ein Aspekt des Straßenbegleitgrüns seien und damit in den Verantwortungsbereich der technischen Betriebe fallen.

Herr Kampschulte unterbreitet den Vorschlag, das man zusammenkommen und seitens der Parteien 2.500 € bereits stellen solle, wenn es ein wirkliches politisches Anliegen sei.

Frau Sartor ergänzt, dass sich ja die treffen können, die es wollen.

Herr Schier beantragt das Ende der Debatte.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung auf. .

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	1

22 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Gießwein fragt nach der Niederschrift des Sonderfinanzausschusses. Weiter merkt er an, dass zwei beantragte Tagesordnungspunkte auf der Einladung der Sitzung des Rates fehle, was aus seiner Sicht die Ratssitzung an sich gefährde.

Herr Stutzenberger fragt nach dem Sachstand „Parkettboden Dreifeldhalle“. Die Verwaltung antwortet, dass die Sache am laufen wäre.

Herr Feldmann erkundigt sich nach der Fertigstellung einer Bushaltestelle. Die Verwaltung antwortet, dass die Fragestellung im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung beantwortet worden sei. Die Fertigstellung verzögere sich.

Frau Sartor bedankt sich bei dem City-Team. Erste Erfolge seien sichtbar.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 22 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 19.11.2019	Schritfführerin gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann-Mock
-------------------------	--------------------------------------	---